

Fremde Federn: Markus Kaim

Afghanistan – erst Wahl, dann Abzug

Wer in diesen Tagen in Afghanistan Gespräche über die Entwicklung des Landes führt, erhält einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits hat die Nato für eine dauerhafte Verbesserung der Sicherheitslage das Notwendige getan. Sie richtete 2009 ihre Strategie in die richtige Richtung aus, indem sie der Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Sicherheitskräfte Priorität einräumte. Zudem leugnet die weit überwiegende Zahl der Gesprächspartner nicht, dass sich das Leben vieler Afghanen in den vergangenen zwölf Jahren erheblich verbessert habe.

Andererseits wartet die Mehrzahl weiter ab, wie sich die politischen Machtverhältnisse nach 2014 entwickeln werden. Viele Afghanen werden ihre Unterstützung jenen politischen Kräften geben, die der afghanischen Bevölkerung bei den Themen Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung auf Dauer die beste Perspektive in Aussicht stellen. Damit aber beginnen die Unwägbarkeiten.

Entscheidende Bedeutung hat die Präsidenenwahl, die im April 2014 stattfinden soll. Zwar geht kein Beobachter davon aus, dass sie ganz ohne Störungen oder Unregelmäßigkeiten über die Bühne gehen wird. Notwendig wird jedoch sein, dass nicht allein die internationale Gemeinschaft sie „gut genug“ bewertet, sondern auch die afghanische Bevölkerung.

Vier Kriterien werden anzulegen sein: Die Wahl muss, erstens, tatsächlich in einer überwiegenden Zahl der afghanischen Distrikte – trotz einer teilweise fragilen Sicherheitslage – stattfinden. Zweitens sollte die Wahlbeteiligung über jener der letzten Präsidentschaftswahl vom Jahr 2009 liegen. Drittens müssen nationale und internationale Beobachter landesweit den Wahlvorgang beobachten können. Schließlich wird der Erfolg der Wahl auch davon abhängen, wie mit Beschwerden über Unregelmäßigkeiten umgegangen wird. Das afghanische Parlament hat vor wenigen Tagen das entsprechende Wahlgesetz verabschiedet. Entscheidend ist nun, dass alle politischen Akteure diese Rechtsgrundlage und die Unparteilichkeit der nationalen Wahlkommission akzeptieren. Angesichts der Erfahrungen mit der Präsidentschaftswahl 2009 ist das keine Selbstverständlichkeit.

Sollten die Wahlen im April 2014 diesen Kriterien nicht genügen, würde der Erfolg des Nato-Einsatzes gefährdet. Die Allianz hatte mit der Ankündigung des Abzugs der Kampftruppen zum Ende des Jahres 2014 aber längst der afghanischen Regierung das politische Signal gegeben, dass ihre Mitglieder die Isaf-Mission nicht unendlich fortführen würden und dass Kabul mehr eigene Anstrengungen im Bereich der Sicherheit übernehmen müsse. Sie hat sich bereit erklärt, auch nach dem Ende der Kampfmission in Afghanistan mit der Ausbildungs- und Beratungsmission „Resolute Support“ und mit 8000 bis 12000 Soldaten im Land präsent zu bleiben. Sie hat sich schließlich verpflichtet, einen Großteil der künftig zum Unterhalt der afghanischen Sicherheitskräfte notwendigen Mittel von 4,1 Milliarden Dollar je Jahr zu übernehmen. Die Bundesregierung gab vor diesem Hintergrund ihre Pläne bekannt, auch nach dem Jahr 2014 bis zu 800 Soldaten im Land zu belassen.

Trotz dieser enormen Anstrengungen und erkennbaren Erfolge beim Aufbau der afghanischen Armee und der Polizei bleiben sowohl afghanische Gesprächspartner als auch Vertreter der internationalen Gemeinschaft zurückhaltend, ob die Maßnahmen die grundsätzlich positive Entwicklung Afghanistans sichern helfen. Die geringsten Sorgen sind jene vor weiteren Insider-Angriffen durch Aufständische innerhalb der Armee, die hohe Zahl von Deserteuren und die Frage nach der Effizienz der afghanischen Streitkräfte. Das Hauptproblem ist vielmehr die in weiten Teilen unverändert schlechte Regierungsführung auf der nationalen sowie auf der Provinz- und Distriktebene. Zahlreiche Faktoren lassen viele Afghanen nur begrenzt Vertrauen zu Präsident Karzai und der politischen Klasse entwickeln: die endemische Korruption in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, undurchsichtige Geschäftspraktiken in der staatlichen Verwaltung, eine mangelhafte Justiz sowie ein politisches Kräftesystem, in dem statt weltanschaulich orientierter Parteien ethnische Loyalitäten und ein damit verbundener Nepotismus die bestimmenden Größen sind.

Sollte es so weit kommen, dass eine große Mehrheit der Afghanen die Präsidentenwahl vom April 2014 und ihr Ergebnis nicht akzeptiert, könnten sich – trotz der sicherheitspolitischen Fortschritte – viele Afghanen enttäuscht vom gegenwärtigen politischen System ab- und den Aufständischen zuwenden. Auch für die westlichen Regierungen würde es dann schwieriger, die Isaf-Nachfolgemission vor ihren Wählern zu rechtfertigen. Wäre ein überstürzter Abzug aller ausländischen Truppen die Folge, drohte Afghanistan eine ungewisse Zukunft.

Der Autor ist der Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Dieser Artikel ist erschienen in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 17.05.2013, S.10